

Das Konzept der umfassenden Demokratisierung als Mittel der Kapitalismusüberwindung

Alfred Müller
Hildesheim 17.10.13

Vortrag auf der Herbsttagung 2013 des Arbeitskreises Politische Ökonomie

„Zukunft der Weltökonomie und –ökologie“

18.-20. Oktober 2013, Hannover, Prof. Dr. Günter Buchholz

1. Notwendigkeit der Demokratisierung

Eine Krise und eine Katastrophe nach der anderen erschüttern die kapitalistische Produktionsweise. Viel wird im linken Lager über Heilungs-, aber nur wenig über Überwindungs- und Alternativmaßnahmen diskutiert. Dabei ist der Transformationsweg relativ eindeutig und klar vorgezeichnet.

Die entscheidenden Bedingungen für die Überwindung der kapitalistischen Marktwirtschaft sind die umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche und der Aufbau einer gerechten, friedlichen, krisenfreien, solidarischen und selbstbestimmten Gesellschaft.

Ohne eine umfassende Demokratisierung lassen sich die Kommando- und Ausbeutungsstrukturen in den kapitalistischen Unternehmen nicht beseitigen und ohne eine umfassende Demokratisierung verbleibt die Bevölkerungsmehrheit in ihrer Einfluss- und Machtlosigkeit. Der politische Kampf für den Sozialismus kann, so Heinz Dietrich (S.114), im 21. Jahrhundert „nur unter den Bannern der wirklichen Demokratie (...) geführt werden.“ Und ebenfalls Tomas Moulin: „Das zentrale Ziel des „neuen Sozialismus“ ist die umfassende Demokratisierung der Gesellschaft“ (S.186) „und Überwindung der Demokratie als repräsentatives System“ (S.147). Dazu gehören, betont Roland Roth(S.16), „die Neuerfindung, Intensivierung und Belebung der Demokratie.“

Hauptverursacher der heutigen Kriege, Zerstörungen, Katastrophen und vielfältigen Krisen ist die kapitalistische Wirtschaftsweise mit ihrer Profitausrichtung, der daraus resultierende Kriegs- und Wachstumszwang und die daraus folgende Umweltzerstörung, Ausbeutung, Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung, soziale Ungleichheit, Armut und Hungersituation. Wenn diese sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Missstände behoben werden sollen, sind als eine wichtige Voraussetzung die kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse zu überwinden. Und diese lassen sich nur überwinden, wenn die Bevölkerungsmehrheit bereit und in der Lage ist, ihre Einfluss-, Gestaltungs-, Beteiligungs- und Kontrollmöglichkeiten wahrzunehmen, wirtschaftsdemokratische Verhältnisse durchzusetzen und alle anderen gesellschaftlichen Bereiche basisdemokratisch zu gestalten. Revolutionäre Veränderungen sind möglich und eventuell sogar notwendig, aber ohne die Verbreitung demokratischer Strukturen enden sie, wie in der Vergangenheit, in totalitäre Verhältnisse oder in Niederlagen.

Die Demokratisierung, der Ausbau demokratischer Rechte, ist ein Lernprozess. Demokratiekompetenzen sind nicht angeboren. Sie fallen auch nicht vom Himmel. Sie entwickeln sich

durch Praxiserfahrungen und dem Wunsch, die Gesellschaft mitzugestalten. Eine basisdemokratische Gesellschaft setzt Bürger voraus, die in ihrem Alltag Beteiligungs-, Entscheidungs- und Kontrollfähigkeiten erfahren und erworben haben. Ohne eine breite Verankerung von Demokratiebereitschaft und -fähigkeit ist jede von oben aufgesetzte Demokratie zum Scheitern verurteilt. Nach kurzer Zeit setzten sich, wie die Erfahrungen zeigen, wieder obrigkeitsorientierte Strukturen durch, weil die Betroffenen aufgrund ihrer kapitalistischen Verhaltensprägung untätig strukturiert sind und trotz ihrer Machtlosigkeit einer neuen Minderheitsführung verfallen.

2. Das Konzept der umfassenden Demokratisierung

Das Konzept der umfassenden Demokratisierung umfasst die Demokratisierung aller Lebensbereiche und die Entscheidungsteilnahme aller Bevölkerungsgruppen. Eine Elitendemokratie oder eine Parteidiktatur ist mit der umfassenden Demokratie unvereinbar. Ursprünglich stammt der Begriff „umfassende Demokratie“ vom griechischen Ökonomen Takis Fotopoulos¹. Inhaltlich geht das Konzept auf die Forderungen der sozialen Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert und auf Karl Marx zurück. Mit seinen Forderungen nach der Aufhebung der religiösen, ideologischen, politischen und ökonomischen Entfremdung² und der Emanzipation des Menschen³ setzte sich Marx für eine umfassende Selbstbestimmung der Menschen⁴ und mit seiner Forderung der „Diktatur des Proletariats“⁵ für eine umfassende Demokratie der Bevölkerung ein. Für Marx sollte der Demokratisierungsprozess radikal sein. „Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen“ (MEW 1/385) und die Wurzeln das sind die „Abschaffung des bürgerlichen Eigentums“ (MEW 4/475) und die Beseitigung der darauf aufbauenden Herrschaftsverhältnisse. Es waren seit dem Ende der 60iger Jahre die Rätekommunisten⁶ und die Arbeiterklassen- und Volksbewegungen, die sich für eine umfassende Demokratie auch in der Gegenwart einsetzten⁷.

Das Projekt der umfassenden Demokratie zielt nach Fotopoulos darauf ab, die hierarchischen Herrschaftsbeziehungen auf gesellschaftlicher Ebene (S.xvii) und „die effektive (...) Herrschaft des Menschen über den Menschen“ (S.225) zu beseitigen und Mensch und Natur zu reintegrieren. Fotopoulos spricht im Englischen von der inklusiven Demokratie. Damit bezieht er das „Umfassende“ zugleich auf die Beteiligung aller Bürger. Mit inklusiv ist gemeint, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, vom Besitz, vom Geschlecht oder vom Bildungsstand gleiche politische Rechte und Freiheiten genießen. Entsprechend sind bei einer exklusiven Demokratie einige Menschengruppen von den politischen Rechten und Freiheiten ausgeschlossen.

Das Konzept der umfassenden geht weiter als die beteiligungszentrierte⁸ Demokratisierung.

¹ Vgl. Fotopoulos (2003), das Werk erschien zuerst 1997 in englischer Sprache

² Vgl. Marx, Karl: EB 1, S.505ff, 537,540,572; MEW 1, S.233; MEW 2, S.382, 407,442,446,455,674; MEW 42, S. 81,84,91,95, 127,228,364,365,367f,374f, 396, 422,512,538, 552, 593,722; MEW 23, S.455,596,635,674; MEW 25, S.95,96,274,832,838

³ Vgl. MEW 1, S.356,370; MEW 2, S.38,641; MEW 4, S.181; MEW 7, S.370,477,537; MEW 32, S.583

⁴ Marx: Demokratie ist „Selbstbestimmung des Volks“ (MEW 1/231)

⁵ Vgl. MEW 4, S.481; MEW 7, S.89f; MEW 17, S.339f; MEW 19, S.28; MEW 28, S.507f
Die „Diktatur des Proletariats“ entspricht bei Marx der Selbstbestimmung des Volkes, weil das Proletariat, die Lohnabhängigen, die Bevölkerungsmehrheit bilden.

⁶ Vgl. Nikolic (1981), S.23ff

⁷ Vgl. Deppe (1981), S.43

⁸ Auch deliberative Demokratie genannt, vgl. Roth (2011)

Ziel der beteiligungszentrierten Demokratisierung ist eine höhere politische Bürgerbeteiligung bei weitgehender Akzeptanz der vorhandenen Herrschaftsstrukturen. Bei der umfassenden Demokratisierung geht es um die zunehmende Einbindung der Bürger in die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse mit dem Endziel der gesellschaftlichen Selbstorganisation der Bevölkerung. Auf dem Übergangsweg können Überschneidungen zwischen beiden Demokratisierungsformen bestehen, weil direkte Demokratieformen, wie der Volksentscheid, zunächst als Ergänzung bestehender repräsentativer Herrschaftsformen durchgesetzt werden.

Im Vergleich zur partizipatorischen ist die umfassende Demokratie weitergehender, wenn sich das „partizipatorisch“ nur auf eine erweiterte Mitwirkung und Mitbestimmung der Bürger bezieht. Sie entspricht der partizipatorischen Demokratie, wenn, wie bei Dietrich, Callinicos⁹ oder Albert in Parecon¹⁰, mit „partizipatorisch“ die Selbstbestimmung der Bevölkerung gemeint ist. In diesem erweiterten Sinne bezieht sich die partizipative oder direkte Demokratie „auf die tatsächliche Fähigkeit der staatsbürgerlichen Mehrheit, über die wichtigsten öffentlichen Angelegenheiten der Nation den vier entscheidenden Reproduktionsdimensionen des Menschen zu entscheiden, der Ökonomie, der Politik, dem Militärischen und der Kultur“ (Dietrich, S.118).

Die umfassende Demokratie strebt die Volks- und nicht die Staatsherrschaft an. Daher entspricht die umfassende nicht der etatistischen Demokratie, weil die Etatisten gesellschaftliche Probleme durch den Staat beheben wollen und keine direkte Volksherrschaft anstreben¹¹. Auch hier bestehen Überschneidungen, weil ebenfalls in der direkten Demokratie die Staatsregulierung nicht aufgehoben ist, jedoch der direkten Kontrolle der Bevölkerung unterliegt.

Die umfassende Demokratie entspricht der emphatischen Demokratie von Fisahn¹², der sozialistischen Demokratie Rosenbergs oder Woods¹³ und der sozialen Demokratie Salomons¹⁴. In allen drei Demokratieformen ist das Ziel der Demokratie die „Überwindung von Herrschaftsbeziehungen“ (Fisahn 2008, S.62) und die „Selbstregierung der Volksmassen“ (Rosenberg 1988, S.302). Hiermit steht die umfassende Demokratie im Gegensatz zur bürgerlichen oder liberalen Demokratie, deren Ziel die Stellvertreter- und Elitendemokratie darstellt¹⁵.

Umfassende Demokratisierung ist der Weg zur umfassenden direkten Demokratie. Wie die umfassende direkte Demokratie im Detail am Ende aussehen wird, lässt sich nicht vorherbestimmen.

Das Ergebnis entsteht auf dem Weg selbst, aus den mit ihr verbundenen Auseinandersetzungen und Evaluationsprozessen. Es sind vielfältige neue demokratische Verfahren auszuprobieren und die Erfahrungen und Bewertungen mit den neuen Demokratieformen werden stets neue Anstöße zu Veränderungen ergeben.

⁹ Vgl. Callinicos, Alex (2004)

¹⁰ Vgl. Albert, Michael (2006)

¹¹ „Etatismus (von französisch État, Staat) bezeichnet eine politische Haltung, die gesellschaftliche Probleme hauptsächlich durch staatliche Regelungen zu lösen versucht.“(Blaser, Markus)

¹² Vgl. Fisahn 2008, S.62

¹³ Vgl. Rosenberg 1988, S.302; Wood 2010, S.274

¹⁴ Vgl. Salomon 2012, S.12

¹⁵ Vgl. Salomon 2012, S.11ff

3. Bereiche der Demokratisierung

Demokratisches Handeln muss den menschlichen Entwicklungsprozess so früh wie möglich begleiten. Es sollte im Kindesalter beginnen, den Schul- und Hochschulbereich und später den Arbeits-, Verwaltungs-, Familien-, Freizeit-, Medien-, Wohn-, Kommunal-, Geschlechter-, Kultur-, Umwelt- und Militärbereich umfassen.

Ich möchte meine Ausführungen exemplarisch auf fünf wichtige Bereiche beschränken:

1. die Bildungsdemokratisierung,
2. die Mediendemokratisierung,
3. die Militärdemokratisierung,
4. die kommunale Demokratisierung und
5. die Demokratisierung der Wirtschaft.

3.1 Die Bildungsdemokratisierung

Demokratische Verhaltensdispositionen sind dem Menschen nicht angeboren. Ob und wie es gelingt diese Anlagen zu entfalten, hängt ganz von den Erfahrungen ab, die der Mensch in seinem individuellen und sozialen Entwicklungsprozess erwirbt. Fehlende Erfahrungen mit demokratischer Vorbereitungs-, Entscheidungs- und Ausführungskompetenzen¹⁶ führen zu untertänigen Verhaltensweisen und blockieren einen emanzipatorischen Demokratisierungsprozess. Sie sind nicht der einzige, aber ein wichtiger Grund der Entgleisung vieler demokratischer Entwicklungen und Revolutionen.

Die Demokratisierung als Beteiligungs-, Erfahrungs-, Lern- und Emanzipationsprozess sollte im Lebensalter so früh wie möglich beginnen: am besten in Kindertagesstätten und fortführend in der Schule und in den Hochschulen. Erforderlich hierfür sind der Aufbau staatlich demokratischer Kindertagesstätten, staatlich demokratischer Schulen und staatlich demokratischer Hochschulen. Nur in demokratischen Bildungseinrichtungen lernen die jungen Menschen selbstbestimmt ihren Bildungsprozess zu gestalten, Entscheidungen zu beeinflussen und Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen. Nur in demokratischen Bildungseinrichtungen gelangen die jungen Menschen nicht mit gekrümmten Rücken, sondern als selbstbewusste und aufrechte Persönlichkeiten in die Erwachsenenwelt

Die gegenwärtigen regulären Bildungseinrichtungen sind obrigkeitsorientiert aufgebaut. Hier verlaufen die Weisungsbefugnisse von oben nach unten und es gilt das Prinzip von Befehl und Gehorsam. Über vorgegebene Sanktions- und Selektionsstrukturen, Leistungs- und Notendruck, Pflichterfüllung, Disziplinierungen, fremdbestimmte und heterogene Lernbedingungen, soziale Ausgrenzungen und der Erzeugung von Versagensängsten werden die Kinder und Jugendlichen zu Untertanen, zum Gehorsam, zur Anpassung und zur Entpolitisierung erzogen. Leistungs- und Anpassungsschwächere werden gedemütigt¹⁷ und leiden unter Misserfolg, Minderwertigkeiten, Schul- und Lernfrust, Aggressionen, Anerkennungsmängel, Hoffnungslosigkeit, Ohnmacht und folglich unter psychosomatischen Krankheiten.

Demokratiekompetenzen sind an diesen Institutionen nicht zu erwerben¹⁸. Demokratie muss gelebt werden, um es zu erlernen. Erworben werden demokratische Kompetenzen erst in

¹⁶ Demokratie-Kompetenzen bestehen aus sechs Teilkompetenzen: Partizipationsfähigkeit, politisch-moralische Urteilsfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Kompromissfähigkeit, Durchsetzungsfähigkeit, Organisationsfähigkeit

¹⁷ Vgl. Edelstein/Fauser 2001, S.14ff

¹⁸ Breit (2008, S.133-159) meint, dies könne an Regelschulen über die Anerkennung der Schüler als mündige und gleichberechtigte Partner, über die Vermittlung politischer Kenntnisse und politischer Analyse- und Urteilsfähigkeiten und über die Förderung demokratischer Verhaltensnormen gelingen. In einer Bestandsaufnahme zur Demokratievermittlung in der Regelschule mussten Bub-Kalb/Henkel/Krapf/Thull (2008, S.325) jedoch feststellen: „Der Befund war (...) niederschmetternd: Der Gemeinschaftsunterricht war – bzw. ist – für den politischen Werdegang der Gesprächsteilnehmer nahezu ohne Bedeutung.“

praktischen Handlungsprozessen, in denen die Beteiligten selbstbestimmt in die Entscheidungsabläufe eingreifen. Dieses findet an den Regelschulen nicht statt. Das Demokratielernen beschränkt sich in den Regelschulen auf die Wissens-, Analyse- und Urteilsvermittlung mit einigen handlungsorientierten Auflockerungsübungen. Erfahrungen mit elementaren demokratischen Prozessen können so nicht gewonnen werden. Erst wenn Schülerinnen und Schüler selbstbestimmt und eigenverantwortlich am schulischen Leben teilhaben, sie die schulischen Entscheidungen und Regeln gleichwertig mitgestalten, sie ihre Demokratiekompetenzen über eigene praktische Erfahrungen ausprobieren, verwerfen und diskutieren können, erst dann erleben sie Freude an der Demokratiegestaltung und erwerben neben fundierten Demokratiekennnissen und -fertigkeiten eine nachhaltige Motivation zur demokratischen Beteiligung.

Eine Bildungsdemokratisierung bedingt daher den Aufbau demokratischer Bildungseinrichtungen, in denen die Menschen basisdemokratisch agieren können und die vorhandene erwachsene Entscheidungsmacht und Kontrolle aufgegeben und in den Kindertagesstätten eingeschränkt wird.

Das Lernen in Demokratischen Schulen erfolgt nach den Erkenntnissen der Gehirnforschung¹⁹: Jedes Kind möchte lernen. Und es lernt am besten, wenn es selbst entdecken und bestimmen darf, was es wissen möchte. Der Lernprozess erfolgt selbstgesteuert, ohne Erwachsenenvorgaben und kooperativ. Er orientiert sich an den Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler. Keine Schulbehörde und keine Lehrkraft gibt den Schülern vor: was sie lernen, wie sie lernen, mit wem sie lernen und wann sie lernen. Dies regeln die Schüler eigenverantwortlich und angstfrei. Sie erhalten dadurch ihre Lernfreude und erwerben eine hohe nachhaltige Lernmotivation, Urteils-, Partizipations-, Organisations-, Personal- und Sozialkompetenz. Es existieren kein verbindlicher Lehrplan, kein vorgegebener Stundenplan, kein Frontalunterricht, kein Leistungsdruck, kein Sitzenbleiben und keine Noten. In dieser Schule sind die Freude am Lernen, die Begeisterung am eigenen Entdecken und Gestalten, das Erforschen der eigenen Interessen Grundsätze des Schulalltags. Die Schülerinnen und Schüler entwickeln ein starkes Selbstvertrauen in die eigenen Potentiale und Möglichkeiten und in die Fähigkeiten, sich zu emanzipieren, „Entscheidungen zu treffen und selbst gestellte Aufgaben zielgerecht zu realisieren“ (Stark, S.5). Die Lehrkräfte unterstützen, beraten und fördern die Schüler als Lernbegleiter und geben den Schülern das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit. Schulabschlüsse können durch Nicht-Schülerprüfungen erworben werden. Belange des Schulalltags werden gemeinsam basisdemokratisch geregelt. Die Regeln der Schule beschließt die Schulversammlung. Jedes Schulmitglied hat dort gleichberechtigt eine Stimme. Regelverletzungen behandeln Mediations- oder Justizkomitees²⁰.

Durch die Entscheidungsübernahme und -teilnahme und der Konfliktmediation erwerben die Schüler politische Kooperations-, Wissens-, Kreativitäts-, Urteils-, Gestaltungs-, Entscheidungs-, Problemlösungs-, Kompromiss- und Konfliktkompetenzen, die für fundierte Demokratiebereitschaften und -fähigkeiten unerlässlich sind.

Auf dem Gebiet der staatlichen Demokratischen Schule wurden bisher wenige Erfahrungen gesammelt. Demokratische Schulen existieren heute weltweit vorwiegend in privater Trägerschaft. In staatlichen demokratischen Schulen hätte die Schulaufsicht, wie an den Regelschulen, die Einhaltung der Vorschriften der Schulgesetze zu gewährleisten.

¹⁹ Vgl. Gerald Hüter: <http://www.gerald-huether.de>

²⁰ Vgl. Sudbury Valley School Press (2005), Gribble, David (2001)

Die Förderung von demokratischen Kompetenzen und demokratischer Teilhabe sollte auch im Kita-Alltag zur Gewohnheit werden. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 8 KJHG)²¹ heißt es : "Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen." Dabei richtet sich die Beteiligung der Kinder an den Kita-Alltagsentscheidungen nach ihrem Entwicklungsstand. Da es kein Patentrezept für die Demokratisierung der Kitas gibt, muss jede Kindertageseinrichtung ihren eigenen Weg finden. „Die weitestgehend strukturelle Verankerung von Mitentscheidungs- und Mithandlungsrechten ist die Einführung einer Kita-Verfassung (...)Dabei geht es im ersten Schritt um die Frage, welche Entscheidungen die Kinder selbst oder mit anderen treffen dürfen und welche Entscheidungen sich die Erwachsenen (zunächst) als eigene Entscheidungen vorbehalten“ (Knauer 2012, S.2).

Erste Schritte zur Einrichtungen demokratischer Bildungseinrichtungen wären der Aufbau flächendeckender Initiativen für demokratische Kindertagesstätten, demokratischer Schulen und demokratischer Hochschulen. Da die Schulträger nach den Länder-Schulgesetzen verpflichtet sind, Schulen nach Maßgabe des Bedürfnisses zu errichten, wäre bei entsprechendem Bedürfnisnachweis die Einrichtung staatlicher demokratischer Schulen jederzeit möglich.

Eine demokratische Hochschule würde aus folgenden Elementen bestehen:

die Einheit von Lehre, Studium und Forschung; die selbstbestimmte, interdisziplinäre Gestaltung des Studiums (analog zur demokratische Schule); die Dezentralisation und Enthierarchisierung der Entscheidungsstrukturen; paritätisch zusammengesetzte Hochschulgremien und eine gesicherte öffentliche Finanzierung. Erste Konzepte einer Demokratischen Hochschule wurden in Deutschland in den 1960iger Jahren, in Lateinamerika und in den USA entwickelt.²² Sie wären weiterzuentwickeln und der aktuellen Situation und Zielsetzung anzupassen.

3.2 Mediendemokratisierung

Parallel zur Bildungsdemokratisierung ist die Demokratisierung der Medien unerlässlich. Die heutigen Medien dienen vorrangig der Ideologievermittlung der herrschenden Klasse. Marktbeherrschende Medienkonzerne manipulieren massiv die öffentliche Meinung. Sie polemisieren gegen die Lohnabhängigen und loben die Unternehmen, den Markt und die liberale Politik in den höchsten Tönen. Sie vermitteln ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit und versuchen mit allen medialen Tricksereien die Bevölkerungsmehrheit in der Unmündigkeit zu halten, die kapitalistischen Eigentumsformen zu rechtfertigen, die Krisen schönzureden und einen Vertrauensschwund in das kapitalistische System zu verhindern.

Bis auf die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und den Internetbereich kontrollieren wenige private Medienkonzerne²³ den Medienmarkt und bestimmten Inhalte und Formen der Informationen. Einige linke Medien tummeln sich im Nischenbereich und fristen dort ein be-

²¹ Vgl. http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/BJNR111630990.html

²² Vgl. Nitsch/Gerhardt/Offe/Preuß 1965, Leibfried 1967, Nitsch 2008

²³ Die zehn größten Medienkonzerne in Deutschland nach ihrem Umsatz im Jahr 2012 (in Milliarden Euro) sind: Bertelsmann (Gütersloh), ARD (München / Berlin), Axel Springer (Berlin / Hamburg), ProSiebenSat.1 (Unterföhring), Hubert Burda Media (Offenburg), Georg von Holtzbrinck (Stuttgart,)Bauer Media Group (Hamburg), ZDF (Mainz)Verlagsgruppe Weltbild (Augsburg), Funke Mediengruppe (Essen) (Quelle: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/194686/umfrage/die-10-groessten-medienkonzerne-in-deutschland/>)

deutungsloses Dasein. Gewerkschaftsnahe Medien sind heute kaum noch anzutreffen. Es dominiert der privatwirtschaftliche Sektor. Eine für den kapitalistischen Überwindungsprozess erforderliche freie Meinungs- und Pressefreiheit, Darstellung und Durchsetzung der Interessen der Mehrheiten ist angesichts der Kapitalorientierung der Medien nicht gegeben. Kapitalistische Besitzverhältnisse und die damit verbundene ideologisch konforme Leitung der Medienunternehmen verhindern eine partizipative und kritische Berichterstattung. Alternative linke Medien sind wichtige Mittel der Kapitalkritik und verschaffen Freiräume im Denken und im Handeln. Sie bleiben aber ohne Verknüpfung mit der Demokratisierung der kapitalistischen Medien für sich marginalisiert und gesellschaftlich wirkungslos. Ihnen fehlen die Macht, das Geld und die Mobilisierungsmöglichkeiten für größere Marktanteile. Die kapitalistische Medienpolitik kann erst über die Verbindung von Alternativmedien und Demokratisierung der Medien überwunden werden. Kämpfe für eine Demokratisierung der Medien sind nicht hoffnungslos, sondern die einzige Aussicht, sich von der kapitalistischen Medienmanipulation befreien zu können.

3.3 Demokratisierung des Militärs

Da nicht nur die Medien an der Herrschaftsstabilisierung der Bevölkerungsminderheit mitwirken, sondern vor allem alle Waffenträger, wie Armee, Polizei und Geheimdienste, sind für eine Beseitigung der ungleichen Machtverteilung ebenfalls die Einrichtungen der Bundeswehr, der Polizei und des Geheimdienstes demokratisch zu gestalten.

Die Demokratisierung der Polizei erfolgt parallel zur kommunalen Demokratisierung.

Da in einer demokratischen Gesellschaft kein Geheimdienst erforderlich ist²⁴ und dieser „strukturell den tragenden Demokratieprinzipien der Transparenz und der Kontrollierbarkeit widersprechen“ (Gössner, S.169), entspricht die Demokratisierung des Geheimdienstes seiner Auflösung.

Eine Demokratisierung der Armee hat die Aufgabe, überkommene Herrschaftsverhältnisse im Militär aufzulösen und den Erfordernissen der Verteidigung, der Friedens-, und der Demokratieausweitung und -sicherung anzupassen. „Demokratie darf (...) nicht am Kasernentor aufhören, es muss sie auch in der Armee geben,“ so Rose (S.10).

Daher ist die Bundeswehr weiterzuentwickeln von einer Armee des Befehls und Gehorsams zu einer demokratischen Armee.

Demokratisierung des Militärs bedeutet, analog zur Schul- und Betriebsversammlung, die Übertragung der Entscheidungsbefugnisse auf die Militärversammlung.

Wie in anderen demokratischen Einrichtungen sind diese Versammlungen an staatliche Gesetze und Verordnungen gebunden. Damit bleibt die Auftragsbestimmung des Militärs durch die Verfassungsorgane erhalten. Der Militärauftrag ist aber gleichzeitig an die militärinternen Demokratieverfahren gebunden. Angriffs- und Eroberungskriege wären in dieser militärinternen Direktdemokratie unmöglich, da die Soldaten aufgrund der Internalisierung demokratischer Werte (wie gegenseitige Hilfe, Solidarität) den damit verbundenen Verbrechen und Massenmorden nicht zustimmen würden.

In der konkreten Ausgestaltung der Militärdemokratisierung besteht, wie in der Bildungsdemokratisierung, absolutes Neuland. Geeignete Verfahren wären im Laufe der Demokratiebewegung zu entwickeln und auszuwerten.

Staatliche Militäreinrichtungen sind immer Institutionen der Herrschenden. Aufgrund der

²⁴ Geheimdienste sind, wie Rolf Gössner schreibt, „Fremdkörper der Demokratie“ (S.167). „Als Geheimdienst im Kampf gegen den inneren Feind hat der Verfassungsschutz die Lizenz zur Infiltration, Täuschung, Manipulation, Gesinnungsschnüffelei und Desinformation“ (Gössner, S.169).

Interessenslage der Kapitalvertreter muss eine Armee hierarchisch strukturiert und dem stahlharten Gehäuse der Hörigkeit unterworfen sein, weil eine durchgehende Demokratisierung die Schlagkraft und Effektivität der Armee aufheben und damit die Kriegs-, Kampffähigkeit und Herrschaftsstabilisierung gefährden würde. Daher sind bei der Demokratisierung des Militärs ein höherer Widerstand und mehr Repressalien zu erwarten als in anderen Bereichen.

3.4 Kommunale Demokratisierung

Zum Konzept der umfassenden Demokratisierung gehören die radikale Kommunalisierung und die Ausweitung kommunaler Partizipationsmöglichkeiten.

Bei der kommunalen Demokratisierung geht es

1. um die Überführung von Aufgaben aus der Trägerschaft oberer und mittlerer Staatseinheiten (der EU, des Bundes und des Landes) in die Trägerschaft der Kommunen (Gemeinden und Landkreise) und
2. um den Ausbau kommunaler Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte durch die Bürger.

„Demokratie ist historisch eine lokale Erfindung“ (Roth, S.141) und die kommunale Ebene ist wegen ihrer Nähe zu den Problemen der Bürger, wegen der Überschaubarkeit lokaler Zusammenhänge, wegen der besseren Kontrollierbarkeit politische Macht immer schon ein herausragender Ort des Demokratisierungsprozesses. Eine globale Gesellschaft „kann nicht demokratisch kontrolliert werden“ (Mises, S.214). Erst in der direkten Dorf-, Stadt- und Kreisdemokratie besteht die Möglichkeit, „das alle, die bisher marginalisiert waren, ihre kreativen Energien entfalten und neue Freiheiten für alle schaffen“ (Mises, S.219) können.

Die auf Marx aufbauende kommunale Demokratisierung hat ihre Grundlage in den basisdemokratischen Organisationsformen der Pariser Kommune von 1871. Sie ist nach Marx „eine Rücknahme des eignen gesellschaftlichen Lebens des Volkes durch das Volk und für das Volk“ (MEW 17,S.541), „die (...) politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“ (MEW 17, S.342), „die politische Form der sozialen Emanzipation“ (MEW 17,S.545), wo die „Trennung des Menschen von seinem Gemeinwesen (...) Die Spaltung des Menschen in den öffentlichen und in den Privatmenschen „ (MEW 1,S.356) aufgehoben wird²⁵.

In einer kapitalistischen Umgebung, in der die Bevölkerungsmehrheit ausgegrenzt, isoliert, unwissend und ohnmächtig gehalten und ins Privatleben gedrängt wird, schafft erst die direkte kommunale Demokratie die Möglichkeit, diesen politischen Entfremdungsprozess aufzuheben und den öffentlichen mit dem privaten Bereich zu verknüpfen.

Die von Marx genannten politischen Grundsätze der Pariser Kommune lauten²⁶:

1. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.
2. Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen.

²⁵ Der junge Marx schreibt: „wenn der Mensch seine eigenen Kräfte als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat (...) erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht“ (MEW 1,S.370).

²⁶ Vgl. MEW 17,S.339ff, 544ff; einige Aussagen wurden auf die heutige Zeit übertragen.

3. Der Stadtrat sollte aus den Ortsräten der verschiedenen Stadteile bestehen, die durch Stimmrecht aller Bürger gewählt, verantwortlich und jederzeit absetzbar waren.
4. Alle Beschäftigte im öffentlichen Dienst sollen von der Kommune gewählt, jederzeit absetzbar und verantwortlich sein.
5. Die Initiative in allen Fragen des gesellschaftlichen Lebens sollte der Kommune vorbehalten sein. Dazu gehören auch Gesetzesinitiativen.
6. Zentrale Funktionen, die durch die lebenswichtigen und allgemeinen Bedürfnisse des Landes erforderlich sind, sollen bestehen bleiben. Diese sind unter wirklicher Kontrolle durchzuführen.
7. Die Kommunen eines jeden Bundeslandes sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Landeshauptstadt verwalten, und diese Landesversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation in der Hauptstadt des Landes schicken.
8. Alle öffentlichen Funktionen, sogar die wenigen, die zur Zentralregierung gehören würden, sollten an kommunale, d.h. streng verantwortliche Beamte, übertragen werden und daher unter Kontrolle der Kommune ausgeführt werden.
9. Die Gemeindesteuer sollte von der Kommune bestimmt und erhoben werden.

Diese Grundsätze beinhalten eine Verlagerung staatlicher Entscheidungs- und Aufgabenbereiche an die Kommunen, eine Ausdehnung der kommunalen Initiativ- und Kontrollbefugnisse, die Kommunalisierung der Steuern und die Schaffung einer direktdemokratischen Kommunalverfassung.

Es wird im Laufe des Demokratisierungsprozesses zu diskutieren und zu bestimmen sein,

- a. welche Entscheidungs- und Aufgabenbereiche im Land und Bund verbleiben,
- b. wie die Länder- und Bundessteuern festgelegt und verteilt werden sollen und
- c. wie eine funktionsfähige direktdemokratische Kommunalverfassung auszusehen hat.

Auf dem Wege zur neuen Kommunalverfassung sind alle Maßnahmen sinnvoll, die eine kommunale Demokratisierung vorantreiben. Hierzu gehören die Erleichterung und der Ausbau kommunaler Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, die Einführung und die Verbreitung der Bürgerhaushalte mit Entscheidungsrechten, die Regionalisierung der Ökonomie, lokale Beteiligungsinitiativen für Kinder und Jugendliche, die dezentrale Energieversorgung, der gebührenfreie öffentliche Nahverkehr, die Offenheit und Transparenz in den kommunalen Behörden, die Stärkung der Ortsräte, die Einführung und Ausbreitung von kommunalen Bürgerversammlungen mit Entscheidungsbefugnissen und die Demokratisierung der Gemeindeordnungen.

Wie Marx fordert Fotopoulos „als grundlegende Einheit, die in einer föderalen Demokratie die Entscheidungen trifft, die Gemeindeversammlung, die ihrerseits Macht an Gemeindegerichte, Gemeindemilizen usw. delegiert“ (Fotopoulos 2013, S.248). Es bleibt einer weiteren Untersuchung vorbehalten, die kommunaldemokratischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Marx und Fotopoulos zu ermitteln.

Widersprüchlich bleibt Manfred Sohn²⁷ mit seiner Konzeption der lokalen Demokratie.

²⁷ Vgl. Sohn, Manfred (2012)

Er fordert einerseits eine lokale Demokratie, die sich auf die Grundsätze der Pariser Kommune stützt²⁸, andererseits setzt er sich für „breite und repräsentative demokratische Formen“(Sohn 2012, S.166) ein. Das Pariser Kommunale Demokratieprinzip ist das Gegenteil der repräsentativen Demokratie und beinhaltet deren Aufhebung. Nur über direkte kommunale Demokratieverfahren kann eine lokale Selbstbestimmung ausgeführt und die Entmündigung der Bevölkerung vermieden werden.

3.5 Wirtschaftsdemokratisierung

Im Zentrum der umfassenden Demokratisierung steht die Demokratisierung der privaten und der staatlichen Wirtschaft. Wer die Wirtschaft kontrolliert, kontrolliert wesentlich die gesamte Gesellschaft. Daher gehört die Demokratisierung der Wirtschaft nicht zum Rand-, sondern zum Kernbereich der Systemumwandlung. Historisch verliefen die inhaltlichen Vorstellungen zur Demokratisierung der Wirtschaft von frühsozialistischen Theorien und Experimenten, der Pariser Kommune²⁹, über die Zukunftsstaats- (1891 – 1914), die Kriegswirtschafts- (1914 – 1918), die Sozialisierungs- (1918 – 1920), die Wirtschaftsrechnungs³⁰- und Wirtschaftsdemokratie- (1921-1929) und über die Planwirtschafts- (1929 – 1933), Wirtschaftsordnungs- (1945 – 1952), Investitionslenkungs-(1973 -) und der Realsozialismusdebatte (1998 ff) bis zu den aktuellen Konzepten der Solidarischen Ökonomie³¹.

Konzepte wurden reichlich entwickelt. Es ist heute die Aufgabe, daraus eine ökonomisch fundierte sozialistische Transformationsstrategie zu entwickeln.

In dem Fehlen dieser Strategie sieht Novy „eine der Hauptursachen der Niederlagen der sozialistischen Bewegung“ (1978, S.267). Und „im Fehlen eines alternativen Gesellschaftskonzeptes“ liegt nach Listl/Mayer (2013, S.39) die eigentliche Schwäche der Arbeiterbewegung.

Beziehen wir die entwickelten wirtschaftlichen Demokratiemodelle (siehe Übersicht) auf die Demokratiestrategie, ist auf mikroökonomischer Ebene zwischen den einzelwirtschaftlichen direktdemokratischen Selbstverwaltungs- und den Stakeholder-Modellen zu unterscheiden und auf parlamentarischer Ebene zwischen den Varianten des Betriebs- und Unternehmensparlamentarismus. Dabei sind alle einzelwirtschaftlichen Hauptentscheidungen an allgemeine staatliche Unternehmensgesetze und -verordnungen gebunden. Auf Makroebene erfolgt die ökonomische Demokratisierung direktdemokratisch über Volksentscheide und über Delegierte der Wirtschafts- und Sozialräte oder parlamentarisch über das Wirtschaftsparlament als Ergänzung zum politischen Parlament.

Konzentrieren wir uns auf die Umsetzungsprozess der Wirtschaftsdemokratisierung, ist zwischen den Varianten der Teil-, der Voll- und der Dual-Demokratisierung zu unterscheiden (siehe Übersicht: Wirtschaftliche Demokratiemodelle).

Übersicht: Wirtschaftliche Demokratiemodelle

I. Nach der Demokratiestrategie

1. Auf Mikroebene (Betriebs-, Unternehmensebene)

1.1 über direktdemokratische Verfahren

1.1.1 Selbstverwaltungsmodell

²⁸ Vgl. Sohn 2012, S.20, 22ff

²⁹ Vgl. Grams (2013)

³⁰ Vgl. Novy (1978),S.15

³¹ Vgl. Notz (2011),S.117ff; Altvater/Sekler (2006)

- Hauptentscheidungen über Betriebsversammlungen
- 1.1.2 Stakeholder-Modell
 - Hauptentscheidungen über Stakeholderversammlungen
 - 1.2 über repräsentative Verfahren
 - Hauptentscheidungen über Betriebs-, Unternehmensparlament
- 2. Auf Makroebene
 - Entscheidung über operative und strategische Wirtschaftspläne
 - 2.1 über basisdemokratische Verfahren
 - a. über Volksentscheide
 - b. über Wirtschafts- und Sozialräte
 - 2.2 über repräsentative Verfahren
 - makroökonomisches Wirtschaftsparlament³²

II. Nach der Umsetzung der Wirtschaftsdemokratisierung

1. Volldemokratisierung (alle Wirtschaftsbereiche und –Unternehmen werden demokratisiert)
2. Teildemokratisierung (nur einige Wirtschaftsbereiche werden demokratisiert)
 - 2.1 Demokratisierung von Schlüsselbereichen
 - 2.2 Bildung von gemeinwirtschaftlichen Inseln (Herausnahme weniger Wirtschaftsbereiche aus der Markt- und Profitdynamik)
 - 2.3 dualwirtschaftliche Strategie

Bei der dualwirtschaftlichen Strategie wird als Ziel eine Wirtschaft formuliert, bei der Privat-Gemein- und Staatseigentum³³, Markt- und Planbereich nebeneinander bestehen sollen.

Bei der systemtransformatorischen Wirtschaftsdemokratisierung geht es nicht um die Stärkung der Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen oder um neue Profit-Verteilungs-Systeme, sondern um

1. die Durchsetzung der Selbstbestimmung der Beschäftigten in allen Betrieben und Unternehmen und um
2. die demokratische Gestaltung der zwischenbetrieblichen und gesamtwirtschaftlichen ,
Wirtschaftskoordination.

Die Teildemokratisierung und damit die Demokratisierung von Schlüsselbereichen und die dualwirtschaftliche Strategie ist nach dem umfassenden Demokratisierungskonzept eine Übergangsform, aber nicht das Endziel, da sie dem Ziel der allgemeinen Selbstbestimmung der Beschäftigten widerspricht.

Weil das Privateigentum und die marktbezogenen Konkurrenzverhältnisse und nicht persönliche Neigungen die Profitorientierung der Unternehmen erzeugen und weil mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaft die Profit- in eine Bedürfnisorientierung umzuwandeln ist, umfasst die Demokratisierung der Wirtschaft neben der Betriebs- und Unternehmensdemokratisierung ebenfalls die demokratische Gestaltung der Makroebene in Form der dezentralen, partizipativen Wirtschaftsplanung.

Das Modell des Marktsozialismus³⁴, in dem die Betriebe und Unternehmen demokratisiert werden, aber der Markt bestehen bleibt, ist für eine umfassende Wohlstandsverbesserung nicht geeignet, weil aufgrund der Konkurrenzzwänge, der Funktionslogik und der Mängel des

³² Vgl. Novy 1978, S.129

³³ So bei Moulian (S.184): „Der neue Sozialismus muss in den Begriffen (...) gemischter Wirtschaften denken. (...). Eine komplexe gemischte Wirtschaft ist eine, bei der eine kleine Gruppe von Staatsbetrieben in Verbindungen mit Privatunternehmen und mit assoziativen Betrieben bestehen.“

³⁴ Vgl. beispielsweise Krätke (2003), Felber (2009), Bischoff/Menard (1990), Fisahn (2010)

Marktes das Privateigentum, die Profitorientierung, der Lohndruck, die Unternehmensegoismen, die sozialen Ungleichheiten, die ökologischen Zerstörungen, die Massenarbeitslosigkeit und die ökonomischen Instabilitäten nicht überwunden werden³⁵. Auch eine indikative Staatsregulierung, eine indikative volkswirtschaftliche Rahmenplanung und eine indikative staatliche Investitionslenkung³⁶ kann diese Defizite nicht beheben, weil der Staat in einer Marktwirtschaft nur geringe wirtschaftspolitische Steuerungsfähigkeiten besitzt.

Daher enthält eine fundierte und effiziente Wirtschaftsdemokratie eine demokratische makroökonomische Wirtschaftsplanung, auf deren Grundlage es erst möglich wird, das Privateigentum an Produktionsmitteln, den Profitzwang, die Arbeitslosigkeit, die ökonomischen Instabilitäten und die Umweltbelastungen zu beseitigen und eine bedürfnis- und umweltgerechte Wirtschaftsgestaltung durchzuführen.

Die Möglichkeiten und Grenzen einer demokratischen Wirtschaftsplanung werden zurzeit breit diskutiert³⁷. Von den Neoklassikern und den Keynesianern wird kritisiert, sie führe aufgrund des Wissens- und Informationsvorsprungs der Planbehörden mittel- bis langfristig zur ineffizienten und totalitären Zentralplanung, aufgrund der hohen Informationskomplexität zu höheren Funktionsstörungen als die Marktsteuerung³⁸ und aufgrund der fehlenden Konkurrenz zu Innovationsschwächen. Daher sei der Markt als Koordinationsinstrument auf Ewigkeiten unverzichtbar.

Dabei wird übersehen, dass über Volksabstimmungen, Beteiligungen der Wirtschafts- und Sozialräte, Vetorechte der Unternehmen und Kommunen, Kommunalisierungen und Regionalisierungen und über zunehmende digitale Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten der angebliche Machteinfluss der Planbehörden verhindert wird, die Informationsmängel reduziert werden können und durch die betriebliche Selbstentfaltung der Beschäftigten ein höherer Innovationsanreiz als über den Konkurrenzdruck entsteht.

Eine partizipative Wirtschaftsplanung ermöglicht die ökonomische Gesamtübersicht und die einzelwirtschaftliche Planungssicherheit. Sie senkt, bei einer breiten Bevölkerungsbeteiligung am Entwurfs-, Entscheidungs- und Kontrollverfahren, die individuellen Unsicherheiten³⁹, erweitert und verankert die Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge, institutionalisiert einen offenen und transparenten Austausch zwischen den planenden Einrichtungen und der Bevölkerung und bewirkt eine stabile Wirtschaft und Vollbeschäftigung.

Ebenfalls unvereinbar mit dem angestrebten ökonomischen Selbstbestimmungsziel ist das Modell der Wirtschaftsdemokratie von Naphtali, der Gewerkschaften und des Memorandums⁴⁰. Hier beschränkt sich das Ziel der betrieblichen und unternehmensbezogenen Wirtschaftsdemokratie auf die paritätische Mitbestimmung und damit auf die Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital, während das Konzept der umfassenden Demokratisierung die Selbstverwaltung der Beschäftigten beinhaltet.

Das Stakeholder-Prinzip⁴¹ widerspricht im Grundsatz dem Selbstbestimmungsrecht der

³⁵ Vgl. Müller, Alfred (1999), Wood (2010, S.292), Sarkar (2001, S.300ff), Fotopoulos (2003, S.219), Creydt

³⁶ Das Wirtschaftsdemokratiekonzept der Linkskeynesianer besteht aus den Bausteinen der qualitativen Mitbestimmung und der indikativen demokratischen Rahmenplanung und Investitionslenkung (Vgl. Vilmar 1999, S.6, 10ff)

³⁷ Vgl. Cockshott/Cottrell (2006), Dietrich (2006), Albert (2006), Callinicos (2003), Fotopoulos (2003), Dunkhase (2013)

³⁸ Vgl. Bolz/Clement/Lösch (1978), S.126ff

³⁹ Gerade aus diesem Grunde müssten die Keynes-Fundamentalisten, die in der Unsicherheit die Instabilitätsursachen sehen, für eine demokratische Wirtschaftsplanung sein.

⁴⁰ Vgl. Naphtali (1928), Bontrup 2011, S.233ff;

⁴¹ Stakeholder sind Personen, die Interesse an einem Projekt haben.

Beschäftigten. Trotzdem ist es denkbar, dass Externe (wie Kommunalvertreter) über Kontrollgremien, wie Aufsichtsräte, in die Unternehmensorganisation einbezogen werden. Die Vertreter des Wirtschaftsparlamentarismus streben den Erhalt parlamentarischer Strukturen an. Wie Moulin betont, ist das Ziel der umfassenden Demokratisierung nicht der Erhalt, sondern die Überwindung der repräsentativen Demokratie, weil in ihr die Stellvertreter- und Zuschauerpolitik zur Entpolitisierung und zum Machtverlust der Bevölkerung führen. Der Parlamentarismus mag historisch anfangs zwar berechtigt gewesen sein, ist aber heute aufgrund seiner Schwächen und der gewachsenen Beteiligungsansprüche der Bevölkerung nicht mehr zeitgemäß.

Der Übergang zu selbstverwalteten Betrieben und Unternehmen kann über vielfältige Wege verlaufen.

Hierzu gehören der Aufbau selbstverwalteter Alternativbetriebe, der freiwillige kooperative Zusammenschluss von Familienbetrieben⁴², die Besetzung von Betrieben⁴³, die Übernahme insolventer und die Enteignung kapitalistischer Unternehmen, die Verstaatlichung mit anschließender Machtdelegation an die Arbeiter, und der Ausbau der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung. In verstaatlichten Unternehmen wären anschließend die Entscheidungsbefugnisse wieder an die Beschäftigten abzugeben.

Entscheidend ist in allen Fällen, dass in den demokratisierten Betrieben und Unternehmen, im Rahmen der geltenden Gesetze und Verordnungen, die Betriebs- und die Unternehmensversammlungen der Beschäftigten die strategische Entscheidungsbefugnis erhalten.

Die Bildung der Arbeiterselbstverwaltung über Genossenschaften setzt voraus, dass auf den Generalversammlungen nicht die Geldgeber die Weisungsbefugnis erhalten, sondern die Beschäftigten. Genossenschaftensind für sich noch keine demokratische Einrichtungen.

Eine weitere wichtige Voraussetzung ist, dass die Kooperativbetriebe nicht isoliert bleiben, sondern zu einer gesamtumfassenden Arbeiterdemokratie fortentwickelt werden.

Ein reichhaltiges und umfassendes Werk zur Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe von der Russischen Revolution bis heute liefern verschiedene Autoren in dem Werk von Azzellini und Ness⁴⁴. Die Erkenntnisse sind wie folgt:

1. Selbstverwaltete Betriebe existierten im Kapitalismus „historisch gesehen nie von langer Dauer“ (Azzellini/Ness,S.15)
2. Auslöser der Selbstverwaltung waren häufig der Unternehmenskonkurs „oder der Zustand vor der Insolvenz“ (Sarda de Faria/Novaes, S.511).
3. Die Selbstverwaltungsbewegung scheiterte nicht an der Eigendynamik, sondern durch die Androhung oder den tatsächlichen Einsatz von Gewalt“(Wallis, S.23).
4. „Die besetzten Fabriken sind ein Beispiel dafür, dass die Unternehmer überflüssig sind und dass die Arbeiter die Produktion selbst übernehmen können“ (Kabat, S.470).
5. Isolierte selbstverwaltete oder kooperative Betriebe „tendieren zur Einführung traditioneller kapitalistischer Anreize und Verwaltungspraktiken“(Wallis,S.22).
6. „Die Aktionen müssen gleichzeitig auf Fabrikebene und auf staatlicher Ebene zur Geltung kommen“ (Wallis, S.38).
7. „Solidaritätsaktionen und -kampagnen“ ermöglichen es, der Bewegung der Fabrikübernahmen „zu überleben und zu wachsen“ (Kabat, S.462).

⁴² Eine Form, die häufig in der Landwirtschaft als Gesellschaft bürgerlichen Rechts anzutreffen ist.

⁴³ Vgl. Geiger 2006,S.92ff

⁴⁴ Vgl. Azzellini/Ness 2012

8. Eine Bedingung für den Erfolg der Arbeiterselbstverwaltung „scheint eine revolutionäre Partei zu sein, die auf jeder Stufe der Entwicklung der Arbeiterkontrolle den Vorrang einräumt“ (Wallis, S.39).

All diese Erkenntnisse führen nach Wallis „nicht zu einer Theorie, die vorhersagen könnte, wo die erfolgreiche Etablierung von Arbeiterkontrolle am wahrscheinlichsten ist „ (Wallis 2012, S.38). Trotzdem geben sie Hinweise über wichtige Voraussetzungen zur Einführung der Wirtschaftsdemokratie.

Eine partizipative Wirtschaftsdemokratisierung führt über die Arbeiterdemokratie zur Aufhebung der Multinationalen Unternehmen. Demokratisch gestaltete Unternehmen sind stets nationale Unternehmen, weil die Betriebe von der einheimischen Bevölkerung kontrolliert werden. Da die Multinationalen Konzerne die Weltmärkte beherrschen und Armut und Hunger in den Entwicklungsländern erzeugen, ist die Aufhebung der Multis zugleich ein wesentlicher Beitrag zur weltweiten Armuts- und Hungerbekämpfung.

Eng verknüpft mit der Wirtschaftdemokratie ist die Aufhebung der ungleichen Einkommensverteilung. Vermögens- und Machteinkommen wären nicht mit demokratischen Strukturen vereinbar und alle Einkommen, auch die der Managergehälter, wären in demokratischen Unternehmen an Tarifvereinbarungen gebunden.

Eine Wirtschaftsdemokratisierung ist daher zugleich mit einer Nivellierung der Einkommen und einem Abbau der sozialen Ungleichheit verbunden.

4. Grenzen und Möglichkeiten des Demokratisierungsprozesses

Auch wenn die genannten Demokratisierungsforderungen einfach klingen mögen, ihre Umsetzung ist äußerst schwierig, mühsam und höchstwahrscheinlich sehr langwierig. Zwar sind heute demokratische Impulse in vielen Bereichen mehr oder weniger vorhanden, wir sind jedoch von einer direktdemokratischen Bürgerkultur noch weit entfernt. Die Erfolge der Bewegung für „Mehr Demokratie“ sind äußerst bescheiden⁴⁵. Die Mehrheit der Lohnabhängigen orientiert sich aufgrund der tagtäglichen bürgerlichen Manipulationen und der vielfältigen Verschleierungen der kapitalistischen Produktionsweise trotz der alltäglichen Unterdrückung und Verelendung an Harmonie, Sozialpartnerschaft, Anpassung und Resignation. Die Kapitalismuskritik bleibt oberflächlich und überzeugende Alternativen fehlen.

Zwar gehen weltweit die Bürger⁴⁶ zu Hundertausenden auf die Straße und protestieren gegen die Folgen der staatlichen Konsolidierungspolitik, der kapitalistischen Unterdrückung, Globalisierung, Kriege und Großprojekte und gegen die Folgen der sozialen, politischen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen, aber bisher ohne nennenswerte Demokratisierungsveränderungen. Ein wesentlicher Demokratiefortschritt kann nur erzielt werden, wenn sich die gegenwärtigen sozialen Widerstands-, Befreiungs-, Demokratie- und Arbeiterbewegungen zu einer offensiven Bewegung für eine umfassende Basisdemokratie entwickeln und sich flächendeckend ausbreiten. Gründlich und ausführlich müssten Erfolge und Misserfolge der demokratischen Bewegungen analysiert, ausgewertet⁴⁷ und öffentlichkeitswirksam die Demokratieformen in den einzelnen Demokratiebereichen erläutert und ihre Möglich-

⁴⁵ „Abgesehen von den Auswirkungen der Wendeproteste wurde das institutionelle Gefüge der Bundesrepublik nicht grundlegend und einschneidend verändert“ (Roth 2011, S.128).

⁴⁶ Eine ausführliche Analyse der Motivation der Protestbewegung lieferte das Göttinger Institut für Demokratieforschung (siehe bei Literaturhinweisen: Die neue Macht der Bürger).

⁴⁷ Darin sieht Theo Christiansen eine wesentliche Möglichkeit für demokratische Bewegungen (Christiansen 2002, S.190).

keiten und Grenzen abgewogen werden⁴⁸. In der Übergangsphase ist „eine angemessene Kombination von assoziativen, deliberativen, direktdemokratischen und repräsentativen Politikformen (unerlässlich, AM), die ein mehr an Demokratie und verbesserte demokratische Entscheidungsqualität versprechen“ (Roth, S.137).

Wie sollen eine demokratische Schule und ein demokratischer Betrieb gestaltet werden? Wie gelingt eine Demokratisierung der bürgerlichen Medien und des Militärs? Sind bei Enteignungen Entschädigungen erforderlich, und wenn ja, in welcher Höhe? Welche Aufgaben sollen kommunalisiert werden? Hier gibt es heute mehr Fragen als Antworten.

Der erforderliche Kommunikations- und Diskussionsprozess über und für die Demokratisierung aller Lebensbereiche findet gegenwärtig kaum statt. Bei der deutschen Linkspartei steht diese Demokratisierungsforderung zwar im Parteiprogramm, aber ohne praktische Auswirkungen. Erforderlich sind breite konstruktive Auseinandersetzungen über mögliche Demokratie- und Durchsetzungsformen und demokratische kampforientierte Aktionen. Ohne diese Voraussetzungen kann kein Herrschafts- und damit Systemwandel stattfinden, weil die gemeinsame Klarheit, Orientierung und die gemeinsamen Erfahrungen zur Demokratieerweiterung fehlen.

Da die Kapitalisten und ihre Vertreter ihrem möglichen Machtverlust nicht tatenlos zusehen werden, sind ferner vernetzte und vereinte Aktivitäten bestehender Demokratiebewegungen erforderlich, um den Repressionen begegnen zu können.

Durch die gegenwärtigen vielfältigen Krisen hat der Kapitalismus einen erheblichen Vertrauensverlust erlitten. Die Kapitalisten sind besorgt über ihre sinkende Glaubwürdigkeit. Ein Großteil der Bevölkerung wünscht sich ein besseres alternatives Wirtschaftssystem und höhere Beteiligungsmöglichkeiten⁴⁹. Wir sollten diese günstigen Bedingungen für eine Intensivierung und Belebung der Demokratie und für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche nutzen und vereint in die Tat umsetzen. Die Stärke der umfassenden Demokratisierung liegt darin, dass alle Gesellschaftsbereiche an der Demokratisierung der Gesellschaft mitwirken und über diese Vernetzung eine unwahrscheinliche Dynamik und Kraft entstehen kann. Die umfassende Demokratisierung ist Einladung, Chance und Herausforderung zugleich. Sie lädt alle Unzufriedenen ein, sich am Demokratisierungsprozess zu beteiligen. Sie bietet die Chance der Kapitalismusüberwindung und sie fordert die Protestbewegung auf, sich für eine neue bessere Gesellschaft einzusetzen.

Der Kapitalismus zerstört sich trotz steigender Funktionsschwächen nicht von selbst. Erforderlich sind zusätzlich überzeugende alternative Koordinations- und Herrschaftsformen und „gesellschaftliche Kräfte, die bewußt auf seine Auf- und Ablösung hinwirken“ (Harbach 2011, S.15). Solange sich die relevanten gesellschaftlichen Kräfte kein anderes erfolgreiches Wirtschaftssystem vorstellen können, solange „unterwerfen sie sich (trotz der Fehlfunktionen, A.M.) noch fast bedinglos den Zwängen des Kapitalismus“ (Zimball 1988, S.46). Die Demokratisierung ist zwar nicht die einzige Maßnahme der Kapitalismusüberwindung.

⁴⁸ Nach Fotopoulos (2003, S.430) besteht das „Zwischenziel des Projektes für umfassende Demokratie (...) im Aufbau eines Bürgernetzwerks für umfassende Demokratie, welches durch Vorträge, Seminare, politische Interventionen sowie die Publikation von Büchern, Zeitschriften und Zirkularen die Schaffung eines alternativen Bewußtseins anstrebt, um dadurch zur Entstehung einer breiteren Bewegung für den Übergang zur umfassenden Demokratie beizutragen.“

⁴⁹ In einer aktuellen Umfrage stellt das renommierten Pew-Forschungszentrums 2012 fest „The global economic crisis has eroded support for capitalism. In 11 of the 21 nations surveyed, half or fewer now agree with the statement that people are better off in a free market economy even though some people are rich and some are poor“ (PewResearchCenter 2012). Auch die Allensbach-Umfrage ermittelt ein wachsendes Unbehagen am Kapitalismus (vgl. Köcher 2012). Das Institut Globescan kam in einer Umfrage 2005 zum Ergebnis, dass weltweit eine Majorität von 63 Prozent den Kapitalismus für das beste aller Systeme hielt. In einer Folgeumfrage 2009 war es nach einer Serie von Finanzkrisen und Börsencrashes nur noch eine Minderheit von 11 Prozent (vgl. Krätke 2009).

Aber ohne diese Maßnahme können die kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse nicht überwunden werden und ohne diese Maßnahme wird der Kapitalismus noch lange weiter bestehen. Zu einer umfassenden Demokratisierung gibt es keine Alternative, wenn es, so Maria Mies (S.8) „noch eine menschwürdige Zukunft für uns, unsere Kinder und Enkel (und, AM) für die Erde geben soll.“

Verwendete Literatur:

- Albert, Michael (2006): Parecon – Leben nach dem Kapitalismus, Trotzdem Verlag, Grafenau
- Altwater, Elmar/Sekler, Nicola (Hrsg.) (2006): Solidarische Ökonomie, VSA-Verlag, Hamburg
- Arnold, Volker (1978): Rätetheorien in der Novemberrevolution, SOAK-Verlag, Hannover
- Azzellini, Dario/Ness, Immanuel (Hrsg.) (2012): Die endlich entdeckte politische Form – Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute, Neuer ISP Verlag Köln/Karlsruhe
- Blaser, Markus : Etatismus, Wörterbuch der Sozialpolitik, Quelle:
<http://www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=173>,
 aufgerufen am 14.8.2013
- Bischoff, Joachim/Menard, Michael (1990): Marktwirtschaft und Sozialismus, VSA – Verlag, Hamburg
- Bolz, Klaus/Clement, Hermann/Lösch, Dieter (1979): Wirtschaftssystem, Marktwirtschaft – Kapitalismus – Planwirtschaft – Sozialismus, Ehrenwirth Verlag, München
- Bontrup, Heinz-J. (2011): Arbeit, Kapital und Staat, PapyRossa Verlag, 4. Auflage, Köln
- Breit, Gotthard (2002): Mündigkeit als Ziel des Demokratie-Lernens – Konsequenzen aus der Geschichte des deutschen Obrigkeitsstaates für den Schul- und Politikunterricht, in: Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung, hrsg. von Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried, Wochenschau Verlag, Bonn
- Bub-Kalb, Simone/Henkel, Christian/Krapf, Peter/Thull, Beate (2002): "Wenn ich König in Deutschland wär..." – Ziele, Möglichkeiten und Probleme der Demokratievermittlung in der Schule. Protokoll einer Diskussionsrunde, in: Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung, hrsg. von Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried, Wochenschau Verlag, Bonn
- Callinicos, Alex (2003): Ein Anti-Kapitalistisches Manifest, VSA-Verlag, Hamburg
- Cockshott, W.P./Cottrell, Allin (2006): Alternativen aus dem Rechner, PapyRossa Verlag, Köln
- Creydt, Meinhard: Zur Kritik des Marktsozialismus, Quelle: <http://www.meinhardcreydt.de/archives/212>, aufgerufen 24.8.2013
- Crusius, R./Schiefelbein, G./Wilke, M. (1978): Die Betriebsräte in der Weimarer Republik, Bd. 1 und 2, Verlag Olle & Wolter, Westberlin
- Deppe, Frank (1981): Partizipation, Autonomie und Demokratie – Elemente des Kampfes für den Sozialismus, in: Selbstverwaltung, Argument-Sonderband AS 61, Berlin, S.37-48

- Dieterich, Heinz (2006): Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Kai Homilius Verlag
- Dunkhase, Helmut (2013): Planwirtschaft im 21. Jahrhundert, Quelle:
http://www.helmutdunkhase.de/planwirtschaft_mb.pdf
aufgerufen: am 10.10.13
- Edelstein,Wolfgang/Fauser,Peter (2001): Demokratie lernen und leben, in: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn, Heft 96
- Felber, Christian (2009): Kooperation statt Konkurrenz, Deuticke Verlag, Wien
- Fisahn,Andreas (2008): Herrschaft im Wandel, PapyRossa Verlag, Köln
- Fisahn,Andreas(2010): Die Demokratie entfesseln, nicht die Märkte, PapyRossa Verlag, Köln
- Friedrich, Helmut Felix: Selbstgesteuertes Lernen – sechs Fragen, sechs Antworten; Quelle:
<http://netzwerk.lonet2.de/lfvt/fortbildung/Paedagogik/Selbstgesteuertes%20lernen.pdf>, aufgerufen am 17.8.13
- Fotopoulos, Takis (2003): Umfassende Demokratie - Die Antwort auf die Krise der Wachstums- und Marktwirtschaft. Trotzdem Verlag, Grafenau
- Gärtner,Ulrich/Luder,Peter (1979): Ziele und Wege einer Demokratisierung der Wirtschaft, Bd. 1 und 2, Verlag Rüegger, Diessenhofen
- Geiger,Margot (2006): Betriebsbesetzungen in Argentinien, in: Solidarische Ökonomie, hrsg. von Altwater und Seider, S.92 – 102
- Grams,Florin (2013): Pariser Kommune, PapyRossa Verlag, Köln
- Gribble, David (2001): Schule im Aufbruch. Neue Wege des Lernens in der Praxis Arbor-Verlag, Freiburg
- Harbach, Heinrich (2011): Wirtschaft ohne Markt – Transformationsbedingungen für ein neues System der gesellschaftlichen Arbeit, Karl Dietz Verlag, Berlin
- Heinrichs, Johannes (2003): Revolution der Demokratie, MAAS Verlag, Berlin
- Holze,Rainer/Prokop,Siegfried (Hrsg.) (2012): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung, Karl Dietz Verlag Berlin
- Kabat, Marina(2012): Die besetzten Fabriken in Argentinien, Wege der Arbeiterkontrolle in der Krise, in: Azzellini/Ness(Hrsg.) ,S.458 - 479
- Knauer, Raingard (2012): Kindertagesstätten als Kinderstuben der Demokratie, Quelle
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/05/nl09_knauer.pdf,
aufgerufen am 4.10.13
- Köcher,Renate (2012): Allensbach-Umfrage Das Unbehagen am Kapitalismus, Quelle:
<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-das-unbehagen-am-kapitalismus-11657529.html>, aufgerufen am 5.10.13
- Krätke, Michael (2009): Dem Kapitalismus laufen die Gläubigen davon, in: der Freitag vom 2.11.2009, Quelle: <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/dem-kapitalismus-laufen-die-glaebigen-davon>, aufgerufen am 2.10.13
- Krätke, Michael (2003): Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus,Kritische

Interventionen 8, hrsg. von Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Offizin Verlag Hannover, S.41 - 81

- Loccumer Initiative (2003): Mut zur konkreten Utopie – Alternativen zur herrschenden Ökonomie, Offizin Verlag, Hannover
- Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hrsg.) (2013): Die neue Macht der Bürger – Was motiviert die Protestbewegungen?, BP-Gesellschaftsstudie, Rowohlt Verlag, Hamburg
- Marx, Karl: MEW 1, MEW 2, MEW 4, MEW 7, MEW 17, MEW 19, MEW 23, MEW 25, MEW 28, MEW 32, MEW 42, EB 1
- Michael Hardt / Antonio Negri: Demokratie. Wofür wir kämpfen. Campus Verlag, Frankfurt am Main 2013
- Mises, Maria (2001): Globalisierung von unten. Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne, 2. Auflage, Rothbuch Verlag, Hamburg
- Müller, Jan-Werner (2013): Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin 2013
- Müller, Alfred (1999): Sozialismus wohin ?, Quelle:
<http://www.praxisphilosophie.de/sozmod.htm>
- Moulin, Tomas (2003): Ein Sozialismus für das 21. Jahrhundert – Der fünfte Weg, Rotpunktverlag, Zürich
- Nikolic, Milos (1981): Zur Theorie und Geschichte der sozialistischen Selbstverwaltung, in: Selbstverwaltung, Argument – Sonderband AS 61, Berlin, S.20-36
- Nitsch/Gerhardt/Offe/Preuß (1965): Hochschule in der Demokratie, Luchterhand Verlag, Berlin
- Nitsch, Wolfgang (2008): Hochschule in der Demokratie -Demokratie in der Hochschule: Zwischenbilanz eines uneingelösten Vermächtnisses, Quelle:
http://www2.bdwi.de/uploads/nitsch_langfassung.pdf
aufgerufen am 30.10.13
- Nolte, Paul (2012): Was ist Demokratie – Geschichte und Gegenwart, Verlag C.H.Beck, München
- Norbert Bernholt (2013): Das Unternehmertum in einer solidarischen postkapitalistischen Wirtschaft, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 176-177/2013
- Notz, Gisela (2011): Theorien alternativen Wirtschaftens, Schmetterling Verlag, Stuttgart
- Novy, Klaus (1978): Strategien der Sozialisierung, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1978
- PewResearchCenter (2012): Pervasive Gloom About the World Economy, Quelle:
<http://www.pewglobal.org/2012/07/12/pervasive-gloom-about-the-world-economy/>
aufgerufen am 3.10.13
- Ringger, Beat (Hrsg.) (2008): Zukunft der Demokratie, Rotpunktverlag
- Rose, Jürgen (2011): Demokratisierung der Bundeswehr als Schritt auf dem Weg zum

Frieden, Universität Marburg, ccs working papers Nr. 14, Quelle: www.uni-marburg.de/konfliktforschung/publikationen/ccswp, aufgerufen am 26.8.13

Rosenberg, Arthur (1988): Demokratie und Sozialialismus, Frankfurt /Main

Roth, Roland(2011): Bürgermacht – Eine Streitschrift für mehr Partizipation, Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1229, Bonn

Sakar, Saral (2001): Die nachhaltige Gesellschaft – Eine kritische Analyse der Systemalternativen, Rotpunktverlag

Salomon,David(2012): Demokratie, PapyRossa Verlag Köln

Sarda de Faria,Mauricio/Novaes,Henrique T.(2012): Die Zwänge der Arbeiterkontrolle bei besetzten und selbstverwalteten brasilianischen Fabriken, in: Azzellini/Ness (Hrsg.),S. 503 – 526

Schmidt, Manfred G.(2010): Demokratietheorie – Eine Einführung, 5.Auflage, VS Verlag, Wiesbaden

Sohn, Manfred (2012): Der dritte Anlauf – Alle Macht den Räten, PapyRossa Verlag, Köln

Stark, Robert: Demokratische Schulen und Demokratiebildung in Israel, Quelle: http://www2.sv-bildungswerk.de/uploads/demokratische_schulen_in_israel.pdf aufgerufen am 27.8.13

Sudbury Valley School Press (2005): Die Sudbury Valley School. Eine neue Sicht auf das Lernen. tologo verlag, Leipzig

Supek, Rudi (1977): Arbeiterselbstverwaltung und sozialistische Demokratie, SOAK-Verlag, Hannover

Vilmar, Fritz (1999) Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff einer alternativen Wirtschaftspolitik – Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren, Quelle: http://www.econbiz.de/de/literatur-und-faktensuche/detailed-view/doc/all/wirtschaftsdemokratie-zielbegriff-einer-alternativen-wirtschaftspolitik-vilmar-fritz/10001442879/?no_cache=1, aufgerufen am 4.10.13

Wallis,Victor (2012): Arbeiterkontrolle und Revolution, in:Azzellini/Ness (Hrsg.), S.20 - 45

Wood,Ellen Meiksins(2010): Demokratie contra Kapitalismus, Neuer ISP Verlag, Karlsruhe

Zimball,Michael (1988): Für die Befreiung der Bundesrepublik aus kapitalistischen Zwängen, in: Eckart Spoo (Hrsg.), Wie weiter ? Plädoyer für eine sozialistische Bundesrepublik, Galgenberg Verlag Hamburg, S.43 - 47